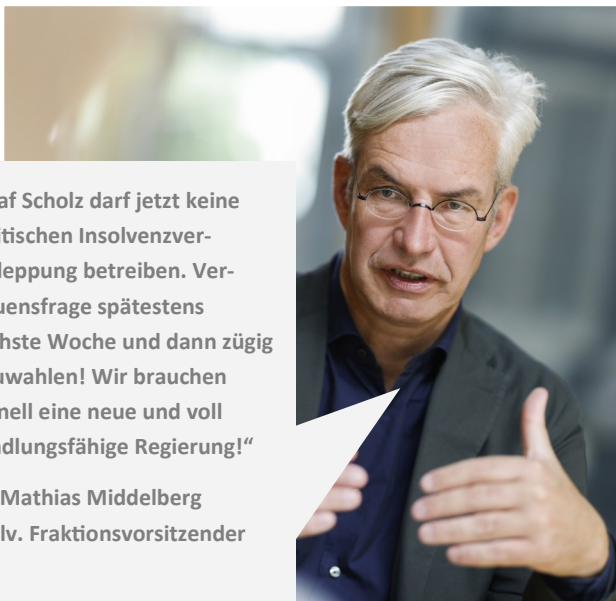


Die Woche im Bundestag



CDU **CSU** Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen



„Olaf Scholz darf jetzt keine politischen Insolvenzverschleppung betreiben. Vertrauensfrage spätestens nächste Woche und dann zügig Neuwahlen! Wir brauchen schnell eine neue und voll handlungsfähige Regierung!“

Dr. Mathias Middelberg
stellv. Fraktionsvorsitzender

Deutschland braucht Neuwahlen – und zwar jetzt.

Die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP ist Geschichte. Damit ist auch Bundeskanzler Scholz gescheitert. Olaf Scholz manövriert das Land in ein Regierungsvakuum. Das darf aber keine Option für Deutschland sein. Es gibt keinen Grund, dem Land einen politischen Neuanfang bis zum März 2025 vorzuenthalten. Wir fordern den Bundeskanzler dazu auf, spätestens zu Beginn der nächsten Woche die Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag zu stellen und so den Weg für frühzeitige Neuwahlen freizumachen. Die Lage in Deutschland, Europa und der Welt ist zu ernst, als dass wir uns noch einen Tag länger als unbedingt erforderlich eine Minderheitsregierung unter Olaf Scholz leisten können. Jetzt müssen die Wählerinnen und Wähler entscheiden können, wer das Land in den nächsten vier Jahren führen soll.

Wir stehen bereit, Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Aber wir stehen nicht als Ersatzspieler für die ge-

scheiterte Ampel zur Verfügung. Anstatt Verantwortung für das Scheitern seiner Koalition zu übernehmen und den Weg für Neuwahlen freizumachen, spielt Olaf Scholz taktische Spielchen und will die Union in den Sog seiner Niederlage ziehen. Dieses durchschaubare Manöver machen wir nicht mit.

Das Nachtreten des Bundeskanzlers gegenüber der FDP ist respektlos und seinem Amt unangemessen. Selbst nach der Trennung der Koalition macht die Ampel das, was sie am besten kann: untereinander streiten. Wir werden den Menschen in Deutschland ein politisches Angebot unterbreiten, wie wir dieses Land wieder nach vorne bringen können.

Der Bundeskanzler muss jetzt der staatspolitischen Verantwortung gerecht werden, die er von anderen einfordert. Verantwortliches Handeln heißt: Er darf Neuwahlen als Weg zu einem politischen Neuanfang nicht länger im Wege stehen - zum Wohle unseres Landes.



Quelle: crayon.com

Keine Wirtschaftswende mit der Ampel



„Noch vor der Sommerpause hatten wir unseren Antrag zur Modernisierung des deutschen Unternehmenssteuerrechts im Deutschen Bundestag eingebracht. Darin fordern wir unter anderem:

- die Steuerbelastung für thesaurierte Gewinne auf 25 % abzusenken;
- den Solidaritätszuschlag schrittweise vollständig abzuschaffen;
- eine rechtsformneutrale Besteuerung zu erreichen, in-

dem insbesondere das Optionsmodell nach § 1a KStG wesentlich verbessert wird, und

- den Rücktrag von Verlusten flexibel auszugestalten und auszuweiten sowie die Mindestbesteuerung beim Verlustvortrag auszusetzen.

Die BMF-Expertenkommission „Vereinfachte Unternehmensteuer“ hatte Mitte Juli unter anderem die beiden letzten Forderungen zur zeitnahen Umsetzung empfohlen. Ende letzter Woche hat der Bundesfinanzminister unsere beiden ersten Vorschläge aufgegriffen und fordert in seinem Konzept für Wachstum und Generationengerechtigkeit ihre sofortige Umsetzung.

Leider hat die Ampel, einschließlich der FDP, unseren Antrag heute im Finanzausschuss niedergestimmt. Dennoch werden wir weiter am Thema dranbleiben und haben heute den Sprecher der Expertenkommission Prof. Dr. Wolfgang Schön eingeladen, uns im Finanzausschuss auch die weiteren Reformüberlegungen der Expertenkommission vorzustellen.“

Fritz Güntzler, zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ablehnung der Vorschläge der Unionsfraktion zur Unternehmenssteuerreform durch die Ampel.

Unseren Antrag finden Sie hier: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/119/2011954.pdf>



Schwerpunktthema Wirtschafts- und Energiepolitik

Im Rahmen des Fraktionskongresses **Die Neue Energie-Agenda: Energiepolitik für ein klimaneutrales Industrie-land** haben wir den Entwurf eines umfangreichen energiepolitischen Positionspapiers vorgestellt. Darin verdeutlichen wir: Deindustrialisierung ist nicht der Weg von CDU und CSU in der Klimapolitik. Unser Anspruch ist es, Wirtschaft, Energie und Klima zusammen zu denken. Sauberkeit, Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung können nur als gleichrangige Ziele und im Zusammenspiel erreicht werden. Das erfordert auf dem Weg zum klimaneutralen Industrieland und zur Stärkung von Mittelstand und Handwerk eine Verbesserung der Energieeffizienz, den systemdienlichen weiteren Ausbau aller erneuerbaren Energien sowie von steuerbaren Kraftwerken und Speichern. Auch der Aus- und Umbau der Übertragungs- und der Verteilnetze sowie die Errichtung einer Wasserstoff- und einer CO₂-Infrastruktur sind von großer Bedeutung für den Energiestandort Deutschland.



Die Woche im Plenum



Wir haben die Wirtschafts- und Energiepolitik in dieser Sitzungswoche zu einem Schwerpunktthema gemacht. In einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Kurs der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise“ haben wir das Chaos innerhalb der Bundesregierung thematisiert und vor allem auch unsere eigenen wirtschaftspolitischen Vorschläge in den Vordergrund gerückt. Dazu zählen u.a. ein sofortiges Belastungsmoratorium, eine Senkung der Unternehmenssteuern und Energiekosten sowie die Vereinfachung des Arbeitszeitgesetzes. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Liquidität für tragfähige Geschäftsmodelle zu sichern und so die wirtschaftliche Substanz Deutschlands langfristig zu erhalten.

Primärprävention stärken – Evidenzbasierte Gesundheitsversorgung erhalten. Herz-Kreislauferkrankungen sind mit 358.000 Sterbefällen im Jahr 2022 die häufigste Todesursache in Deutschland. Nach Angaben der Deutschen Herzstiftung erfolgten im Jahr 2022 1.574.352 vollstationäre Krankenhausaufnahmen wegen Herzkrankheiten. Fast 217.000 Menschen sterben jedes Jahr an einer Herzkrankheit. Das Risiko für eine Koronare Herzerkrankung oder einen Herzinfarkt sowie andere Erkrankungen kann jedoch durch einen gesunden Lebensstil erheblich verringert werden. Deshalb unterstützen wir mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche beraten haben – nicht nur den Erhalt der bestehenden Präventionsangebote, sondern setzen uns auch für deren Intensivierung ein. Gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), den maßgeblichen Verbänden, der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Privaten Krankenversicherung wollen wir das Bewusstsein in der Bevölkerung für gesundheitliche Eigenvorsorge und Prävention weiter stärken. Parallel zu unserem Antrag debattierten wir den Entwurf der Bundesregierung für ein **Gesetz zur Stärkung der Herzgesundheit** in 1. Lesung. Kern des „Herzgesetzes“ ist eine bessere Vorsorge. Krankenkassen sollen ihre Versicherten im Alter von 25, 35

und 50 Jahren zum Herz-Check einladen. Die Vorsorge sollen auch Apotheker machen dürfen. Der Entwurf basiert auf einem Impulspapier zur besseren Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, das der Bundesgesundheitsminister bereits im September 2023 publik gemacht hat. Krankenkassen sollen überdies verpflichtet werden, ihren Versicherten strukturierte Behandlungsprogramme (Disease-Management-Programme, DMP) anzubieten. Mit dem Entwurf will die Bundesregierung Schlaganfälle und Herzinfarkte in Deutschland reduzieren. Das Ziel wird von unserer Fraktion unterstützt. Wir kritisieren allerdings die Art und Weise der Bekämpfung jedoch als „Staatsmedizin“ mit fragwürdiger Evidenz. Mit unserem Antrag nehmen wir eine Gegenposition ein, die nicht nur von den Präventionsverbänden, sondern auch von den Krankenkassen unterstützt wird.



Insbesondere seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sehen wir eine deutliche Zunahme antisemitischer Straftaten und von Äußerungen des Judenhasses auf unseren Straßen. Das sichtbare Anwachsen des Antisemitismus ist nicht nur eine Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Es stellt auch einen Angriff auf die Werte und Grundsätze unserer gesamten Gesellschaft dar. Mit dem interfraktionellen Antrag „**Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken**“ setzen die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP ein klares Zeichen gegen jeden Antisemitismus und gegen eine antisemitisch motivierte Verurteilung Israels. Wir treten gemeinsam für einen besseren Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ein. Wir fordern, die Anstrengungen zur Förderung der jüdischen Kultur und Bildung zu intensivieren. Antisemitismus muss in allen Bereichen der Gesellschaft zurückgedrängt werden. Wo erforderlich, sind auch Gesetzeslücken zu schließen. Der Antrag nennt hier neben dem Strafrecht auch das Aufenthalts-, das Asyl- und das Staatsangehörigkeitsrecht. Wir stellen überdies erneut fest, dass die Bundesregierung die Arbeitsdefinition von Antisemi-

tismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als maßgeblich heranzuziehen hat. Darüber hinaus verlangen wir den Ausschluss staatlicher Förderung für alle Organisationen, die mit der sogenannten BDS-Bewegung in Verbindung stehen, zum Boykott Israels aufrufen oder sonstige antisemitische Inhalte verbreiten. Ein klares Bekenntnis zu Israels Sicherheitsinteressen und Selbstverteidigungsrecht ist ebenfalls Teil des Antrags.

Als Union haben wir in unseren Gesetzesinitiativen und Anträgen seit dem 7. Oktober 2023 auch deutlich weitergehende Vorschläge zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland vorgelegt. Hinter diesen Vorschlägen stehen wir weiterhin uneingeschränkt. Gleichwohl haben wir uns intensiv für einen gemeinsamen Antrag eingesetzt. Dafür sind wir Kompromisse eingegangen. Denn für uns gilt: Die Fraktionen der demokratischen Mitte im Deutschen Bundestag und alle Bürgerinnen und Bürger müssen gegen Antisemitismus zusammenstehen.



Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 in der ehemaligen DDR öffnete sich für die Menschen das Tor zur Freiheit. Dieser Tag war, zusammen mit dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990, ein Moment des großen Glücks für unser gesamtes Land – in Ost und West, Nord und Süd. Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in der DDR sowie in Mittel- und Osteuropa ist ein Meilenstein der europäischen Freiheitsgeschichte. Der dadurch möglich gewordene Prozess der europäischen Integration eröffnete vielen Menschen ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Chancen. Aus dieser Erfahrung und Dankbarkeit erwächst die Verantwortung, auch heute denen in Europa zur Seite zu stehen, die noch immer um ihre Freiheit kämpfen – etwa den mutigen Menschen in Belarus.

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Den Menschen, die in der SED-Diktatur aus Überzeugung und unter Einsatz ihres Lebens

oder Inkaufnahme von Repressionen mutig Widerstand geleistet haben, gebührt Hochachtung und Wertschätzung. Noch immer leiden viele Opfer unter den Folgen von politischer Verfolgung, Zersetzung und Repression. Und noch immer gibt es gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Anerkennung und persönlichen Situation der Opfer. Zu all diesen Themen haben wir in dieser Woche einen eigenen Antrag eingebracht – auch, um die Bundesregierung an die bisher nicht umgesetzten Versprechen ihres Koalitionsvertrages zu erinnern.



Die Bundesregierung muss endlich tätig werden und ihre vereinbarten Ziele zur Vollendung der inneren Einheit umsetzen. Was hindert sie daran, im Einvernehmen mit den Ländern die Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur zu erleichtern und ergänzend einen bundesweiten Härtefallfonds einzurichten? Was hindert sie daran, die Bundesstiftung Aufarbeitung zu stärken und der Geschichte der Demokratie in Deutschland und ihren Orten mehr Sichtbarkeit zu verleihen? Verantwortung für das Zusammenwachsen unseres Landes bleibt bei der Ampel ein Lippenbekenntnis.

CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.